

An den Grossen Rat
des Kantons Basel-Stadt

Basel, 5. November 2003

P195 betreffend UKBB

1. Wortlaut der Petition

Das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) befindet sich in einer schwierigen Lage. Wohl ist jetzt endgültig geklärt, dass lediglich ein Neubau im Bereich Schanzenstrasse die Erfordernisse eines Universitäts-Kinderspitals in unserer Region erfüllt. Aber die Aussicht, weitere 8 -10 Jahre in der jetzigen Situation zu arbeiten, ist schlicht nicht zumutbar. Wie kann es sein, dass das höchste Gebäude der Schweiz, der Messturm, innerhalb von nur 18 Monaten gebaut wird, der Bau eines Kinderspitals aber fast ein Jahrzehnt in Anspruch nimmt?

Ein Universitäts-Kinderspital kostet Geld. Die Tatsache ist eigentlich einleuchtend. Und offenbar, doch nicht klar. Es kann nicht sein, dass auf Kosten unserer Kinder ein Discount-Spital betrieben wird. Wenn in unserer Region eine universitäre Kinderklinik existieren soll, so müssen dafür auch die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.

Wir bitten Sie nachdrücklich, sich im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit dafür einzusetzen, dass

- a) der Planungsprozess und der Bau des UKBB an der Schanzenstrasse in Basel schnellstmöglich stattfinden kann
- b) in der langen Übergangszeit dem UKBB ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Standard zu halten, der für ein Universitätsspital notwendig ist und der die Versorgungssicherheit der Kinder und Jugendlichen in unserer Region gewährleistet
- c) das Personal nicht für den politischen Entscheid, das UKBB an mehreren Standorten zu betreiben, büssen muss. In der aktuellen betrieblich schwierigen Situation müssen Massnahmen getroffen werden, die es dem Personal ermöglichen, die bis anhin erbrachte qualitativ hochstehende Leistung weiterhin zu erbringen.

2. Bisheriges Vorgehen der Gesundheits- und Sozialkommission

Die Petition 195 wurde beim Landrat und beim Grossen Rat eingereicht. Der Grosse Rat überwies die P195 an seiner Sitzung vom 9. April 2003 an seine Gesundheits- und Sozialkommission.

Deren Präsident setzte sich in der Folge umgehend mit der Landratskanzlei zwecks koordiniertem Vorgehen in Verbindung. Bereits Mitte Mai kam die Antwort aus Lies-tal: Die Petition sei an einer Sitzung abschliessend behandelt worden. Sie renne offene Türen ein. Sowohl der Landrat als auch der Grosse Rat drängten darauf, das Kinderspital an einem Standort

zünftig zu realisieren. Aus diesem Grund wird dem Landrat beantragt, auf die Petition einzutreten, diese jedoch gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

Die Beratungen in der GSK führten zu einem anderen Schluss. Eine Mehrheit der Kommission entschied sich dafür, Vertreter der Petentschaft zu einem Gespräch einzuladen. Auf Seiten der GSK wurde zu diesem Zweck ein Ausschuss bestimmt.

Inhalt der Petition sind drei Punkte:

1. soll Planung und Bau des UKBB schnellstmöglich vonstatten gehen.
2. sollen ausreichende Mittel für die lange Übergangszeit zur Verfügung gestellt werden, damit der medizinische, pflegerische und therapeutische Standard gehalten werden kann und
3. darf das Personal für den politischen Entscheid der drei Standorte nicht büssen.

Diese Gespräch fand am 10. September 2003 statt. Von Seiten der GSK nahmen der Präsident (Jürg Merz), die Vizepräsidentin (Andrea Frost-Hirschi) und Dr. Philippe Macherel daran teil.

3. Standpunkt der Petentschaft

Anhand der drei Forderungen der Petition stellten die zwei Vertreterinnen der Petentschaft ihre Situation dar. Das Personal zweifle mittlerweile daran, dass es je einen gemeinsamen Standort für das UKBB geben würde. Diese Zweifel führten zu grossen Verunsicherungen innerhalb des Personals. Zusätzlich wurden Bedenken geäussert, ob der Zeitrahmen würde eingehalten werden können.

Zu Punkt 2 wurde eine Liste von Ge- und Verbrauchsgegenständen vorgelegt, die fehlten und den Betrieb erheblich störten und erschwerten. Zudem komme es immer wieder vor, dass Notfälle am ‚falschen‘ Standort ankämen. Das ergebe für Kinder und Eltern belastende Situationen.

Zu Punkt 3 wurde moniert, dass das Reinigungspersonal ausgelagert würde. Dies sei ohne Information der Sozialpartner geschehen. Die Begründung sei gewesen, die Stellen dadurch langfristig zu sichern. Faktisch werde jedoch eine Gruppe von Mitarbeitenden aus dem GAV herausgelöst. Das Betriebsklima sei schlecht, es bestehe Misstrauen und eine schlechte Kommunikationskultur. Der im GAV vorge-sehene Personalausschuss sei „erfolgreich gesprengt“ worden. Von Frau Kohlermann, Präsidentin des Kinderspitalrates, bestünden Zusage, diesen wieder einzusetzen.

4. Entgegnungen des Ausschusses

Betreffend des ersten Punktes stellten sich die Mitglieder des Ausschusses auf den Standpunkt, den auch die Kommission des Landrates eingenommen hatte: beide Parlamente hätten bekräftigt, dass sie Planung und Bau des Kinderspitals mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützten. Wichtige Beschlüsse seien von beiden Parlamenten gefällt worden.

Bezüglich des zweiten Punktes stellten sich die Mitglieder des Ausschusses auf den Standpunkt, dass solche Investitionen aus dem ordentlichen Betriebsbudget sollten finanziert werden können.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass der politische Entscheid, das Kinderspital an zwei und später gar drei Standorten zu erheblichen Problemen für das Personal führt. Auch Kinder und deren Eltern haben unter den zum Teil vom Souverän gefällten Entscheiden zu leiden. Die Mitglieder des Ausschusses bekräftigten ihre Absicht, sich dafür einzusetzen, dass die Betriebsabläufe weiter optimiert werden können. Es liegt im ureigenen Interesse der Direk-

tion, diesem Punkt besondere Beachtung zu widmen. Pannen liessen sich leider jedoch nicht immer vermeiden.

Die Ausgliederung der Reinigungspersonals sei Sache des Kinderspitalrates. Auf operationelle Entscheide habe die grossrätliche Kommission keinen Einfluss. Was den Personalausschuss betraf, versprachen die Mitglieder des Ausschusses, bei Frau Kohlermann vorstellig zu werden.

5. Erwägungen und Beschluss der GSK

An ihrer Sitzung vom 15. Oktober berichteten die Mitglieder des Ausschusses in der Kommission von diesem Gespräch. Der Präsident wurde beauftragt, mit Frau Kohlermann das Gespräch betreffend Personalausschuss zu suchen. Die Kommission beschloss, die Petition in der Folge als erledigt zu erklären.

Auf Anfrage erklärte die Präsidentin des Kinderspitalrates, dass sie überzeugt sei, dass es einen Personalausschuss brauche. Verhandlungen für eine Neubildung seien geführt worden; eine Arbeitsgruppe bereite Neuwahlen für April 2004 vor. Neu heisse der Ausschuss Betriebskommission.

Damit steht der Erledigterklärung der Petition nichts mehr im Wege.

6. Antrag an den Grossen Rat

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt dem Grossen Rat im Sinne obenstehender Erwägungen, die Petition 195 betreffend UKBB als erledigt zu erklären. Sie bestimmt den Präsidenten zu ihrem Sprecher.

Gesundheits- und Sozialkommission
des Grossen Rates



Jürg Merz, Präsident